

Mit Ulbricht keine Wiedervereinigung

Der 1. SED-Sekretär Walter Ulbricht hat am Wochenende ein ADN-Interview gegeben, in dem er die Ansicht der Kommunisten zur Frage der deutschen Wiedervereinigung interpretiert. Unmittelbar nach der Durchführung einer Reihe militärischer Maßnahmen in der Sowjetzone erklärte Ulbricht, eine Wiedervereinigung könne nur auf dem Wege der Abrüstung erfolgen. Eine „Volksbewegung für Abrüstung und dauerhaften Frieden“ solle dazu beitragen, „beide deutsche Staaten“ einander näherzubringen. Das Interview enthält keinen einzigen realen Vorschlag, es bleibt selbst hinter den bisher üblichen Phrasen weit zurück. Angesichts dieser Stellungnahme ist es an der Zeit, einige merkwürdige Zusammenhänge in der „gesamtdeutschen“ SED-Arbeit zu beleuchten.

Bekanntlich hat die Sowjetzonenregierung vor nicht allzulanger Zeit einen „stellvertretenden Ministerpräsidenten“, den von der SED ausgetretenen LDP-Finanzminister Dr. Loch, als eine Art „Minister für Wiedervereinigungsfragen“ eingesetzt. (Über Loch siehe Seite 5.) Lochs Aufgabe sollte die Koordinierung aller offiziellen „gesamtdeutschen“ Zonen-Institutionen zu einem Ministerium sein. Er selbst wäre dann eine reine Repräsentationsfigur geblieben, während die führenden Kommunisten im „Ausschuß für deutsche Einheit“ sofort alle Schlüsselpositionen dieses „Wiedervereinigungsministeriums“ übernommen hätten.

Ganze Abteilung kehrt!

Seit zwei Monaten ruht dieses Projekt. Zwar soll noch irgendwann einmal etwas geschehen, aber der „stellvertretende Ministerpräsident“ sitzt als ziemlich unbeschäftigter Funktionär und besserer Sachbearbeiter im „Ausschuß für deutsche Einheit“ am Ostberliner Thälmannplatz, dem er laut Regierungsliste sogar vorstehen soll. Tatsächlich hat Dr. Loch nicht einmal die Möglichkeit, auf die primitivsten Amtsgeschäfte Einfluß zu nehmen. Der Ausschuß, ein erweitertes Organ des SED-Zentralkomitees, führt gegenwärtig zu vielleicht 80 Prozent rein konspirative Aufgaben durch.

Er organisiert illegale Tarngruppen in der Bundesrepublik und versucht mit westdeutschen Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, ehemaligen NS-Führern und alten Offizieren in Kontakt zu kommen.

Die SED hat eine hundertprozentige Kehrtwendung gemacht. Es geht ihr heute nicht mehr darum, irgendwelche gemeinsamen Kontaktmöglichkeiten zu erforschen. Sie hat nur noch das eine Ziel: die Position der Bundesrepublik politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schwächen. Zu diesem Zweck ist ihr jedes Mittel recht und wird sie sich mit jedermann verbünden. Noch vor einem Jahr beherrschten die „gesamtdeutschen Kultur-, Gewerkschafts- und Parlaments-Ausschüsse“ die kommunistische Wiedervereinigungs-Terminologie. Die „technischen Wiedervereinigungsverhandlungen“ sollten ein politisches Gespräch über das endgültige Schicksal Deutschlands erleichtern. Und heute?

SED legt Störfeuer

Der „Ausschuß für deutsche Einheit“ ist ein „Ministerium gegen Wiedervereinigung“ geworden. Von hier aus wird alles versucht, um der Bundesregierung politisch zu schaden. Krampfhaft will sich die SED in außen- und innenpolitische Angelegenheiten einschalten. Ob es sich um die Frage der Saarregelung handelt, um Bündnis-

verträge mit dem Westen oder um ein Handelsabkommen mit dem Sudan. Die Zonenregierung will einfach „mitgehört“ werden. Sie, die sich in ihre politischen Geschäfte nicht einmal von ihren eigenen bürgerlichen „stellvertretenden Ministerpräsidenten“ hineinreden läßt, fühlt sich plötzlich „gesamtdeutsch“ verantwortlich.

Der Grund: Die SED ist auf Grund eigener Bündnisverpflichtungen und in Konsequenz ihrer eigenen Innenpolitik gar nicht mehr in der Lage, eine auch nur technische Wiedervereinigungs-Verhandlung zu führen. Die geringste Abkehr von ihrer gegenwärtigen Politik würde das gesamte Staatsgefüge der Zone erschüttern, und die SED ginge hoffnungslos geschwächt in die Verhandlungen. So bleibt ihr nur übrig, die gerade erst angelaufene Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch neue Täuschungsmanöver und neue Hinhaltetaktiken zu verzögern, um das Kräfteverhältnis nicht noch weiter zu ihren Ungunsten zu verlagern. Unterdessen hat die Zonenregierung alle Maßnahmen getroffen, um ihre eigene Wehrmacht auf eine feste Grundlage zu stellen.

Es geht jetzt nicht mehr um die Wiedervereinigung, sondern um ein Wettrennen der ins Hintertreffen geratenen SED mit der Bundesrepublik. Die SED weiß, daß sie bei jeder Wiedervereinigung ihren Preis zahlen muß. Der Mindestpreis wäre die Entfernung ihres 1. Sekretärs aus jeder Regierungssamt. So ist Ulbricht schon aus eigenem Prestigegrund gezwungen, unsinnige Wiedervereinigungs-Erklärungen abzugeben, während die SED im Hintergrund stillschweigend und scheinbar unbemerkt den Begriff einer „Wiedervereinigung“ aus ihrem politischen Sprachschatz tilgt.

J. B. Gradi:

Die Krise blieb aus

Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik seit der Währungsreform war zunächst für uns selber und vielleicht noch mehr für das Ausland so erstaunlich, daß das Wort vom deutschen Wirtschaftswunder geprägt wurde. Inzwischen sind Jahre vergangen, der Aufstieg hat angehalten, und die Allgemeinheit hat sich daran gewöhnt. So sehr daran gewöhnt, daß es allmählich gefährlich wird. Gefährlich jedenfalls dann, wenn sich das Gefühl festsetzen sollte, das unentwegte Anhalten des krisenfreien Aufschwunges, der stete Strom der Aufträge, der gute Fluß der teilweise reichlichen Erlöse, die Aufbesserung von Löhnen und Gehältern und die ständige Zunahme der Steuereinnahmen seien sozusagen selbstverständlich. Kennzeichnend ist, daß die Öffentlichkeit kaum noch aufhorchte, als anfangs letzter Woche die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit bekanntgab. Dabei war der Rückgang so stark, daß heute schon in der Bundesrepublik (leider noch nicht in Berlin) praktisch von einer Arbeitslosigkeit nicht mehr gesprochen werden kann.

Der grandiose Versuch

Psychologisch ist die Gewöhnung an den Aufstieg verständlich. Er hält jetzt immerhin im achten Jahre an. Die letzte „normale“ Wirtschaftskrise, die wir erlebt haben, liegt ein Vierteljahrhundert zurück. Zwischen dem Anfang der dreißiger Jahre und heute liegt anderes, schlimmeres als eine Konjunkturkrise — aber Massenarbeitslosigkeit, Erwerbslosennot, Zerfall der öffentlichen Etats, das alles hat es seit der Weltwirtschaftskrise von 1931 nicht mehr gegeben, jedenfalls nicht aus ökonomischen Gründen. Wer nicht mindestens vierzig Jahre alt ist, weiß aus eigenem Erleben nichts von jener Not.

Und doch ist es angebracht,

jene Gespenster der Vergangenheit in die Erinnerung zurückzurufen. Sie sollen uns mahnen, daß eine krisenfreie Wirtschaft nicht selbstverständlich ist. Sie können uns vergegenwärtigen, daß für jeden einzelnen sehr viel auf dem Spiele steht, wenn ernste Fehler in der Preis- und Lohnpolitik, in der Kredit- und Steuerpolitik gemacht würden. Was wir seit 1948 erleben, in Deutschland und in der ganzen Welt, das ist — das Wort ist nicht übertrieben — ein grandioser Versuch, den einhundertfünfzig Jahre alten konjunkturellen Kreislauf Aufschwung — Krise — Depression — Aufschwung zu durchbrechen. Es war das Erlebnis der immer wiederkehrenden Krisen, aus dem Karl Marx seine Theorie und der Kommunismus seine Hoffnungen herleitete.

Die freie Welt hat sich das Ziel gesetzt — und sie muß es sich setzen, wenn sie im ökonomischen Bereich den Wettbewerb mit dem Kommunismus gewinnen will —, die wirtschaftliche Entwicklung künftig von der Konjunkturkrise freizuhalten. Das bedeutet nicht, daß es in alle Zukunft keine wirtschaftlichen Rückschläge mehr geben wird. Solche Erwartung wäre angesichts der Vielfältigkeit und der Empfindlichkeit der modernen Industriewirtschaft utopisch. Wo der Mensch am Werk ist, gibt es immer Irrtümer und Fehler, auch in der Wirtschaft, und immer gibt es Unvorhersehbares. Aber was vermieden werden soll und nach den Erkenntnissen der modernen Nationalökonomie auch vermieden werden kann, das sind die Übertreibungen und Verzerrungen während des wirtschaftlichen Aufschwunges.

Ein wichtiger Punkt

In diesem Sinne steht die deutsche Wirtschaftspolitik an einem wichtigen Punkt. Gerade der schnelle Rückgang der winterlichen Arbeitslosigkeit zeigt, daß die westdeutsche Konjunktur ungebrochen ist. Aber es ist an mancherlei Anzeichen unserer wirtschaftlichen Entwicklung seit einem Jahr deutlich geworden, daß die Zeit der fröhlichen Unbekümmertheit abgelöst werden muß durch eine Zeit strenger Disziplin und wachsender Sorgfalt, damit der

allgemeine Aufstiegstrieb — noch mehr Investitionen, noch höherer Lebensstandard, noch mehr öffentliche Ausgaben — nicht mit uns durchgeht. Auch der einzelne kann dabei Wesentliches tun, indem er in seinen Erwartungen, Ansprüchen und Planungen Maß hält.

Die Tugenden, die bei ihnen erwartet werden, sind vor allem Selbstbeschränkung und Mut auch zu unpopulärem Verhalten. Natürlich hört es kein Unternehmer gern, wenn von ihm Senkung der Preise verlangt wird, keine Gewerkschaft ist erfreut, wenn ihr Zurückstellung von Lohnforderungen zugemutet wird —, die Liste ließe sich lange fortsetzen. Angesichts des näherrückenden Bundestagswahlkampfes hört es insbesondere kein Politiker gern, wenn Zurückhaltung in den öffentlichen Ausgaben und dämpfende Konjunkturpolitik verlangt wird. Aber der Preis ist hoch, der dem Mut zur Selbstzucht und Unpopularität winkt, nämlich steter und harmonischer Aufstieg der Wirtschaft ohne große Arbeitslosigkeit und Krise. Das heißt auch: wirtschaftliche Solidarität und damit politische Stabilität in der großen ideologischen Auseinandersetzung zwischen Freiheitlicher und kommunistischer Welt.

In Wirklichkeit nämlich steht bei allem, worum es in der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Diskussion geht, viel mehr auf dem Spiel als ungestörtes materielles Wohlergehen. Die sowjetische Politik hatte von Anbeginn getreu der marxistischen Lehre auf die ständige Wiederkehr sich verschärfender kapitalistischer Krisen gebaut. Sie hatte insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg das Auftreten einer neuen Weltwirtschaftskrise erwartet, sobald die ersten Nachholjahre vorbei sein würden. Die sowjetischen Politoffiziere beispielsweise machten in Gesprächen mit Deutschen 1947 gar kein Hehl daraus, daß sie für 1948/1949 mit dem Ausbruch einer neuen kapitalistischen Krise ganz fest rechneten. Die politische Aggressivität der Sowjets in jener Zeit, zum Beispiel die Blockade Berlins, hat sicher in

(Fortsetzung auf S. 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Löst Moskau Arbeitslager auf?

Änderung des Strafvollzuges versprochen

Moskau (AP/DAP). In den nächsten 12 bis 18 Monaten sollen nach der Mitteilung eines höheren Beamten des sowjetischen Innenministeriums die Arbeitslager in der Sowjetunion aufgelöst werden. Künftig soll es nur noch zwei Formen von Haftverbüßung geben: normale Gefängnisse und „Arbeitserziehungs-Kolonien“.

Der ungenannte Beamte, der diese Mitteilung einer Gruppe französischer Sozialisten bei der Besichtigung eines Strafлагers in Tula machte, erklärte, die Arbeitserziehungs-Kolonien würden sich von den Arbeitslagern dadurch unterscheiden, daß ihre Insassen nicht zur Arbeit an Projekten außerhalb der Kolonie geschickt würden; vielmehr würden in den Kolonien selbst Industriestätten aufgebaut, in denen die Häftlinge arbeiten würden. Schließlich teilte der Beamte mit, daß künftig eine Verschiebung von Sowjetbürgern in entlegene Teile des Landes im allgemeinen untersagt sei.

*

DT. Es wäre übereilt, dieser Mitteilung sensationellen Charakter beizumessen, denn vorerst wird abzuwarten sein, ob die Millionen, die Sowjetruß-

Herzlicher Empfang für Heuß

Bundespräsident in Griechenland — Begrüßung durch König

Athen (AP/DPA). Bundespräsident Professor Heuss hat Griechenland einen vieritägigen Staatsbesuch abgestattet. Er wurde auf dem Bahnhof Athen von König Paul von Griechenland, der die schneeweiße Uniform eines Marschalls trug, und dem gesamten Kabinett empfangen. Schon der herzliche Empfang und der Jubel, mit dem die Bevölkerung den hohen Gast begrüßte, legen Zeugnis ab von den freundschaftlichen Gefühlen, die das griechische Volk der Bundesrepublik gegenüber empfindet.

In Anbetracht der englandfeindlichen Stimmung infolge des Zypern-Konfliktes fällt dies ganz besonders auf. Die griechische Regierung hat eine Zypern-Debatte im Parlament während des Besuches des Bundespräsidenten abgesetzt mit der Begründung, es sei nicht schicklich, während des Aufenthaltes eines ausländischen Staatsoberhauptes im Parlament hitzige Debatten zu führen.

Nach der Begrüßung schritten König Paul von Griechenland und Professor Heuss unter den Klängen der deutschen und der griechischen Nationalhymne auf dem Bahnhofsvorplatz die Ehrenkompanie ab, während die Batterie von Lykabettos 21 Salut-schüsse abgab. Dann fuhren König Paul und Bundespräsident Heuss im offenen Wagen zum königlichen Palais.

Die Straße war gesäumt von einem Ehrensparier griechischer Soldaten aller drei Waffengattungen in Paradeuniform. Zehntausende von Griechen jubelten ihrem König und dem Bundespräsidenten zu. Auf halbem Wege war ein mit deutschen und griechischen Fahnen geschmückter Triumphbogen errichtet, unter dem die Vertreter der Stadtverwaltung von Athen den Bundespräsidenten begrüßten. Im königlichen Palais wurde Professor Heuss von Königin Friederike empfangen.

Professor Heuss hat im Anschluß an den offiziellen Besuch die ehrwürdigen Stätten griechischer Vergangenheit besucht.

Sowjet-Köder für Paris

François-Poncet warnt

Paris (Eigenmeldung). Eine Delegation französischer Sozialisten hat bei ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion eine Heranziehung der Sowjetunion zu der Gemeinschaft der Völker beifürwortet. Die Sozialisten halten eine solche Politik für durchführbar, weisen jedoch den Gedanken an eine Lockerung der Atlantikgemeinschaft oder an eine Volksfront in Frankreich mit Nachdruck zurück.

Die Sowjetpolitik hat mit Demonstrationen nicht gespart, um die französische Öffentlichkeit vor der Reise der französischen

Staatsmänner nach Moskau zu beeindrucken.

Die optimistische Stimmung dämpfen Kreise der Mitte und der Rechten. Die am Montag angekündigte Reduzierung der Streitkräfte wird als Propaganda bezeichnet und als ein Mittel, um Menschen, die in der Wirtschaft unbedingt gebraucht werden, frei zu bekommen. Der frühere Botschafter François-Poncet gibt im „Figaro“ der Befürchtung Ausdruck, daß das sowjetische Lächeln eine Falle sei, um die Atlantik-Gemeinschaft zu zersetzen.

Der letzte Bann ist gebrochen

Osterreich nach der Parlamentswahl

D.T. Mit dem Ergebnis der Parlamentswahlen wurde den Österreichern ein Zeugnis beachtlicher politischer Reife ausgestellt. Die radikalen Gruppen rechts und links haben an Bedeutung auffallend verloren. Man ist an der Donau sowohl von neo-nationalistischen Tendenzen weit abgerückt wie auch von kommunistischen. Dieses Ergebnis ist um so beachtlicher, als die Wahlen erstmalig in voller Freiheit durchgeführt wurden. Denn, so erklärte Innenminister Helmer, wenn auch die Besatzmächte die früheren Wahlen von 1949 und 1953 nicht beeinflussten, so fühlten sich im sowjetisch besetzten Teil doch stets viele Wähler gehemmt und unter den Druck eventueller Repressalien gestellt. Jetzt, da der letzte Bann gebrochen ist, legte man ein klares Bekenntnis zur bisherigen Koalitionsregierung der Sozialisten und der Volkspartei ab, die der deutschen SPD und der CDU entsprechen. Allerdings ist die Volkspartei der eigentliche Gewinner, der die Sozialisten eindeutig überrundet hat.

Die Koalitionskrise, durch die diese Wahlen vorzeitig herbeigeführt wurden, ist also von der Bevölkerung zugunsten der Volkspartei gewertet worden. Wie erinnerlich, ging es bei dem Streit innerhalb der elfjährigen Regierungsehe um wirtschaftliche Fragen der Verstaatlichung des Erdöls und des durch Staatsvertrag an Österreich gefallenen deutschen Eigentums. Eine konsequente Sozialisierung hatte die ÖVP abgelehnt und sich für eine Beteiligung der einzelnen durch sogenannte Volksaktien ausgesprochen. Einer weiteren Verstaatlichung der Wirtschaft, wie sie die Sozialisten planten, widersetzte sich die Volkspartei entschieden. Offensichtlich ist, daß sich viele Wähler aus Abneigung gegen alle marxistischen Wirtschaftstheorien und -experimente (die jahrelang in der sowjetisch besetzten Zone von den Kommunisten proklamiert wurden) für diese Volkspartei entschieden. Außerdem

profitierte die Volkspartei durch die inneren Krisen der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei.

Die tatsächlichen Unterschiede zwischen Volkspartei und Sozialisten sind aber nach übereinstimmender Auffassung nicht so tief, daß die Fortsetzung der bisherigen Zwei-Parteien-Regierung unmöglich wäre. Sie hat im Gegenteil alle Aussichten, fortgesetzt zu werden. Sie hat sich bewährt und ist für dieses kleine neutralisierte Land wahrscheinlich auch eine günstigere Lösung, als wenn eine der beiden großen Parteien in eine Opposition von nicht abzusehendem Ausmaß gedrängt würde. Die Regierungsbildung dürfte nur insofern schwierig sein, als

sich die Sozialisten gegen größere Zugeständnisse weigern werden, die von der Volkspartei auf Grund des Wahlergebnisses gerade in der strittigen wirtschaftlichen Auffassung sicherlich gefordert werden. Beide Parteien müssen sich darüber klar sein, daß das sympathische Wahlergebnis einer politischen Reife nicht in der Unreife eines parteipolitischen Eigensinns versinken darf. Die Politiker haben also die sicher schwierige Aufgabe zu meistern, sich auf tragfähiger Basis wieder anzunähern, um die Befriedung des Landes weiter auszubauen, die trotz Koalitionskrise weitgehend bestanden hatte. Da man hierfür an der Donau Erfahrung und Konzilianz mitbringt, braucht man sich über das Gelingen keine allzu großen Sorgen zu machen.

Prag auf unabhängigerem Kurs

Verhältnis zu Moskau auf neuer Grundlage

Prag (DPA). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Siroky hat auf einer Sitzung des Zentralkomitees der slowakischen KP erklärt, das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Es dürfe nicht alles kritiklos übernommen werden, was aus der Sowjetunion komme.

Siroky gab auf der gleichen Sitzung ferner die Rehabilitation aller Verurteilten des Slansky-Prozesses von der Anklage des Titoismus bekannt. Für die Rechtsverletzungen der letzten Jahre machte der Ministerpräsident den im Dezember 1952 hingerichteten ehemaligen Generalsekretär der KP, Slansky, verantwortlich.

Slansky habe eine Atmosphäre geschaffen, in der jeder jeden einer staatsfeindlichen Tätigkeit verdächtigen könne. Siroky kritisierte auch die Polizeiorgane, die sich Repressalien gegen weltanschauliche Gegner erlaubt hätten, und versprach für die Zukunft die genaue Beachtung der geltenden Gesetze und der Menschenrechte.

Inzwischen hat die tschechoslowakische Regierung den vor vier Jahren wegen angeblicher „zionistischer Spionage“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten israelischen Politiker Oren aus der Haft entlassen.

Lemma: Neue Phase

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Der Berliner CDU-Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete Lemma hat über den Rundfunk die gemeinsame Anfrage aller Fraktionen an die Bundesregierung über die Möglichkeiten einer engeren Verbindung der beiden Teile Deutschlands als „Bonner Initiative“ bezeichnet, mit der augenscheinlich die Politik der Wiedervereinigung auf deutscher Seite in eine neue Phase getreten sei.

Pollitt abgetreten

London (AP/DPA). Harry Pollitt, der langjährige Führer der britischen Kommunisten, ist aus „Gesundheitsgründen“ als Generalsekretär der Partei zurückgetreten. Pollitt ist in Westeuropa der erste Kommunistenführer, der nach der Enthronung Stalins abtreten mußte.

So sind sie wirklich:

Der Letzte wird der Dümme sein

Im Sommer 1946 erklärte der Gothaer LDP-Oberbürgermeister Dr. Hans Loch in einer Kritik an seiner eigenen Parteiführung: „Diese Leute haben kein Fingerspitzengefühl für Politik! Sie werden sich nacheinander überleben, und der Letzte wird der Dümme sein...!“ 1956 mag dieser Dr. Loch sich fragen, ob sich das so prophezeite Schicksal nicht folgerichtig an ihm selbst erfüllt. Loch ist der letzte Vorsitzende der Ost-LPD. Seine Partei ist zerfallen, sein Amt als Finanzminister hat er vor einem halben Jahr an die SED abgeben müssen, und als Vorsitzender des „Ausschusses für deutsche Einheit“ wird er nicht von seiner Sekretärin ernst genommen, solange Lochs „Unterebene“ ihn durch diese übergehen lassen. Und dieser Mann, der weniger Macht besitzt als ein kleiner, ländlicher SED-Sekretär, ist in der Sowjetzone „Stellvertretender Ministerpräsident“...

Aufstieg eines Juristen

Hans Loch wurde am 2. 11. 1898 in Köln als Sohn eines Kunstschafters geboren. Abiturient, Weltkriegsoffizier, studierte er Jura und Philosophie. 1923 promovierte Loch in Königsberg, um nach zweijähriger Referendartätigkeit bis 1933 zusammen mit einem jüdischen Rechtsanwalt als Steuer- und Verbandssyndikus tätig zu werden. Als Hitler zur Macht kam, flüchtete er wegen befürchteter Repressalien aus der Zeit seiner Zusammenarbeit mit dem jüdischen Anwalt nach Holland, kam jedoch 1936 auf Grund nationalsozialistischer Fürsprache nach Deutschland zurück. Hier arbeitete er ungestört bis Kriegsende als Syndikus größerer Konzernbetriebe.

1945 ging Loch in den thüringischen Justizdienst, um als ein der SED genehmer LDP-Funktionär im Oktober 1946 zum Oberbürgermeister von Gotha berufen zu werden. 1947

HANS LOCH



gehörte er zusätzlich der LDP-Parteileitung an, um im Juni 1948 als thüringischer Justizminister zu avancieren. Nach kurzer Zeit jedoch holte ihn die damalige „DWK“, der Vorläufer der Zonenregierung, nach Ostberlin, wo er bei Gründung der „DDR“ Finanzminister wurde.

Rücksichtsloser Karrierist

Loch hat alles getan, um die ihn stützende SED nicht zu enttäuschen. Er trägt die Hauptschuld am Niedergang der Zonen-LDP, nachdem es ihm gelang, nacheinander alle Mitfunktionäre aus dem Sattel zu heben. Als Justizminister hat Loch zahllose Parteifreunde dem SSD und dem MGB in die Hände gespielt. Ihm hat es die LDP zu verdanken, daß sie heute kaum noch einen Juristen in Thüringen im Amt behalten hat. Zahlreiche Schauprozesse wurden von ihm arrangiert. Seinen ehemaligen Parteichef Kastner vermochte er zu stützen, nachdem er der SED auf bis heute ungeklärte Weise internes Material der Hauptparteileitung in die Hände spielte. Als sein Ministerkollege und Parteifreund Dr. Hamann verhaftet wurde, schrieb Loch in der „Täglichen Rundschau“ vom 8. 1. 1953 einen halbseitigen Ar-

tikel unter der Schlagseite: „Ein Schädling wurde ausge-merzt!“ Hamanns Verhaftung machte Loch zum Alleinvorsitzenden der LDP.

Loch wird lästig

Als Finanzminister war Loch eine unglückliche Figur. Sein Staatssekretär führte die Amtsgeschäfte, Loch durfte vor der Volkskammer die von seinen SED-„Untergebenen“ verfaßten Finanzberichte verlesen. Aber bald schien den Kommunisten der servile „Liberaldemokrat“ lästig zu werden. Die Dankeschuld für die Hilfe bei Liquidierung der LDP war abgetragen. 1950 wurde Loch noch einmal in den „Nationalrat der Nationalen Front“ berufen. Man dachte an Kontakte mit der westdeutschen FDP. Es war eine Fehlspekulation. Dieser Dr. Loch war zu kompromittiert, als daß man ihn hätte für „gesamtdeutsche Verhandlungen“ verwenden können. In seiner Villa in Lehnitz bei Oranienburg verkehrten zwar noch immer hohe Sowjetoffiziere, aber die SED war seiner überdrüssig geworden. Als man ihn im vergangenen November als Finanzminister entließ, gaben sie ihm den derzeit unwichtigsten Posten: „Dr. Loch wird sich Aufgaben der Wiedervereinigung widmen.“

Nun sitzt der entthronte Minister täglich seine vier Stunden im „Nationalratsgebäude“, am Ostberliner Thälmannplatz ab, schreibt Bücher und empfängt klagende LDP-Funktionäre, die sich über zunehmende Tyrannisierung durch die SED-Behörden beschwerten. Sein „Erfolgssbuch“, „Ein Bürger sieht die Sowjetunion“, kam auf ganze 5000 Exemplare, von denen die letzten 2000 als Prämien an Parteikollegen verschenkt werden mußten. Er ist wirklich überflüssig geworden, und er wäre es auch, wenn sich die SED tatsächlich mit der Frage einer Wiedervereinigung beschäftigen würde. Denn kaum ein westlicher Politiker würde es sinnvoll finden, sich mit einem abgehalfterten Quisling zu unterhalten.

Lebensmittelkarten zurückgehalten

Wenn man keine Vertrauensleute wählt . . .

137 Ostberliner Hausgemeinschaften haben — aus den verschiedensten Gründen — noch immer keine „Hausvertrauensleute“ ernannt. Allen Bemühungen von SED und „Nationaler Front“ zum Trotz verzichteten sie auf einen derartigen Hausgenossen und sind nicht schlecht dabei gefahren. Bis dieser Tage die Ostberliner Stadtverwaltung auf den Gedanken kam, die aufsässigen Bürger durch eine besondere Maßnahme zum Kniefall zu zwingen. Sie ordnete an, Lebensmittelkarten an „Einzelpersonen“ erst ab 4. eines jeden Monats auszugeben.

Somit war folgendes geschehen: Als die betreffenden Berliner am März-Ultimo zur Kartenstelle liefen, um ihre Existenzberechtigungsscheine abzuholen, wurde ihnen erklärt: „Erst gaben wir mal an die Vertrauensleute aus! Kommen sie doch am Ersten wieder!“ Am Ersten war man mit der Abrechnung der Vertrauensleute noch nicht fertig, am Zweiten fehlten die Listen, am Dritten etwas Anderes und am Vierten endlich reichte man stüßsauer lächelnd die Karten über den Amtstisch: „Wählen'se man lieber 'n Hausvertrauensmann, sonst passiert Ihnen det noch öfter!“

Generelle Anordnung

Auf die ersten Beschwerden vor etwa vier Wochen reagierten die Behörden verschieden. Die meisten taten sehr entrüstet und erklärten, es handle sich um „ein Mißverständnis“. Keiner aber sagte den Betroffenen, daß es sich um eine generelle, wohlausgeklügelte Anordnung der Stadtverwaltung handelte. Die ihre schwarzen Schafe dadurch zwingen wollte, sich dem System der kommunistischen und halbkommunistischen Vertrauensleute zu fügen.

Am letzten Ultimo passierte prompt dasselbe. Wieder bekamen die „Selbstabholer“ ihre Karten erst am Vierten oder gar am Siebenten. Wer das Kartenelend gerade der alten Rentner und Alleinstehenden kennt, weiß, was eine solche Auslieferungsverzögerung bedeuten kann. Der Kaufmann darf nichts auf „Vorschuß“ geben, der Konsum tut es erst gar nicht und für die HO haben nicht alle Leute das nötige Geld. So bedeutet eine derartige Maßnahme mitunter sieben Tage trockenes Brot!

Immerhin haben sich alle Hausgemeinschaften, die davon

betroffen wurden, nun erst recht geweigert, einen „Hausvertrauensmann“ zu ernennen. Einige schickten am letzten Ultimo einen von der Hausgemeinschaft Beauftragten, um die Karten eben gemeinsam abholen zu lassen. Auch dieser wurde zurückgeschickt. Mit der Begründung: Empfangsberechtigt sind nur Hausvertrauensleute, die vom Straßenvertrauensmann der Behörde namhaft gemacht worden sind. Die Straßenvertrauensleute aber, die in engem Kontakt mit Volkspolizei, SED und „Nationaler Front“ stehen, verlangen von ihren Hausvertrauens-Kollegen mehr als nur die Übernahme der Kartenverteilung!

Es gab einen Skandal

Immerhin waren die Geschädigten klug genug, um diese

Auch Pankow soll entspannen!

Erklärung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Bonn (DAP). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland spricht in einer Erklärung die Erwartung „der Deutschen in beiden Teilen unseres Landes“ aus, daß auch in der Sowjetzone „ein entscheidender Beitrag zur Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West“ geleistet wird. Die Abkehr von der Stalinistischen Politik habe bisher in der Zone keinen sichtbaren Ausdruck gefunden.

Als Beweis für die Glaubhaftigkeit einer veränderten Politik fordert das Kuratorium völlige Freizügigkeit im Reiseverkehr, Wegfall der Personenkontrolle, Wiedereinführung der Rückfahrkarte innerhalb von ganz Deutschland, Erleichterungen im Verkehr der Zonengrenzbewohner, Einstellung der Störungen beim Rundfunk-

Schikane nicht ohne weiteres in Kauf zu nehmen. Es gibt keine offizielle Verfügung, die einem Bürger das Recht abspricht, nicht spätestens am Ersten eines jeden Monats im Besitz der Lebensmittelkarte zu sein. So wandte man sich an Zeitungen, Behörden und — allem zum Trotz — an die „Nationale Front“. Es gab einen kleinen Skandal, niemand wollte verantwortlich sein. Schließlich mußte sogar die „Berliner Zeitung“ in einem winzigen Beitrag dazu Stellung nehmen.

Jetzt wurde offiziell erklärt, daß eine Zurückhaltung der Lebensmittelkarten künftig nicht mehr erfolgen soll. Eine Garantie ist dies natürlich nicht. Denn „technische Schwierigkeiten“ sind immer möglich. Wie dem auch sei: Dieses kleine Karten-Zwischenspiel hat viele Hausbewohner zum Nachdenken angeregt über die tatsächliche Rolle eines Hausvertrauensmannes. Zweifellos werden sich die 137 Hausgemeinschaften auf die Dauer nicht halten können mit ihrer Ablehnung kommunistischer Bevormundungsmethoden. Aber ihr Beispiel hat auf jeden Fall nicht schlecht Furore gemacht . . .

empfang und freien Zugang zu allen Nachrichtenquellen. Voraussetzungen für den Ausbau der menschlichen Beziehungen unter den Deutschen in Ost und West seien u. a. die Freilassung aller politischen Gefangenen, freie Diskussion politischer Entscheidungen, Wiedereinführung der strafprozessualen Sicherheiten und Einstellung der Abwertungsurteile.

Justizterror geht weiter

Berlin (Eigenmeldung). Der Sportlehrer Lorsch aus Luckau ist nach Informationen des Untersuchungsausschusses freier Juristen von einem sowjetzonalen Gericht wegen „Abwerbung“ zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er soll einer früheren Schülerin empfohlen haben, in Westberlin eine Tätigkeit als Sportlehrerin aufzunehmen.

Zehn Jahre DEFA

„Man muß auch mal Unsinn machen“ — Gemüse und Kohl

In diesen Tagen feiert die sowjetzonalen DEFA ihr 10jähriges Jubelfest. 100 Filme hat die DEFA in dieser Zeit gedreht. Mit jedem Jahr wurden die Filme ausstattungsreicher, teurer und — schlechter. Vom ersten Wolfgang-Staudte-Film „Die Mörder sind unter uns“ bis zum Monumentalstreifen „Ernst Thälmann“ führt ein klar vorgezeichneter Weg. Das ehrliche Mähen von Schauspielern und Regisseuren mußte untergehen in der Umwandlung einer Filmgesellschaft zum staatlichen Propaganda-Instrument.

Kürzlich tröstete Sowjetbotschafter Puschkin den für die DEFA-Produktion an Regieungsstelle verantwortlichen SED-Theoretiker Anton Ackermann, als dieser sich in Selbstkritik erging, mit den Worten: „Lassen Sie es gut sein! Man muß auch Unsinn in der Filmproduktion machen. Auch das hilft weiter!“ Nur: Die DEFA hat inzwischen soviet Unsinn gemacht, ohne daß es ihr geholfen hat. Bis 1950 ging die DEFA-Produktion über den Sovexportfilm-Verleih. Das heißt, die Sowjets waren finanziell an der Herstellung brauchbarer Filme interessiert. Seit die DEFA einen eigenen Filmvertrieb unterhält, ist sie das größte Zuschußunternehmen der Zone geworden.

Warum kein Austausch?

Die DEFA hat sich gerade in diesen Tagen beklagt, daß sie zwar westdeutsche und westeuropäische Filme einführt, von

dort aber keine DEFA-Filme abgenommen werden. Das kann nicht wundernehmen. Die DEFA führt Westfilme ein, um das Defizit der Zonen-Filmtheater bei den schlechtbesuchten Eigenproduktionsstreifen auszugleichen. Der Westen aber kann keine DEFA-Filme einführen, weil kein Filmtheaterbesitzer diese abnehmen würde. Und einen Zwangsvertrieb gibt es im Westen nicht. Die Leute würden sich einen dieser Filme ansehen, dann aber unter Garantie keinen mehr. Und wer trüge das Defizit?

So ist die DEFA auf ihre „Lustspielproduktion“ verfallen. Wer diese „Lustspielfilme“ gesehen hat, weiß, daß die DEFA mehr als Unsinn macht. Nicht umsonst wurde „Junges Gemüse“ als „Alter Kohl“ verrissen. „Drei Mädchen im Endspiel“ als Trauerspiel kritisiert. Auch die ernsthaften Filmerei brachte nichts mehr ein, seit

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Maudorf-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

man sich von den Traditionen der ersten DEFA-Jahre löste. Der Grund: Die hoffnungslose Vermengung von Propaganda und Drehbuch, Unfähigkeit und Zellularität, Aus den „Buntkarierten“ wurden das kitschige „Besondere Kennzeichen: keine“, aus „Ehe im Schatten“ ging folgerichtig „Das verurteilte Dorf“ hervor. Aus echten Problemen wurde abstrakte Propaganda. Soll man der DEFA dazu gratulieren?

Die Krise blieb aus

Fortsetzung von Seite 2

dieser Erwartung mit ihren Ausgang genommen. Diese Erwartung ist enttäuscht worden. Und vielleicht ist die Änderung der kommunistischen Linie nach Stalins Tod, der Entschluß zur friedlichen Koexistenz, auch eine Wirkung der Enttäuschung über das Ausbleiben der Weltwirtschaftskrise und der davon erhofften politischen Lähmung des Westens.

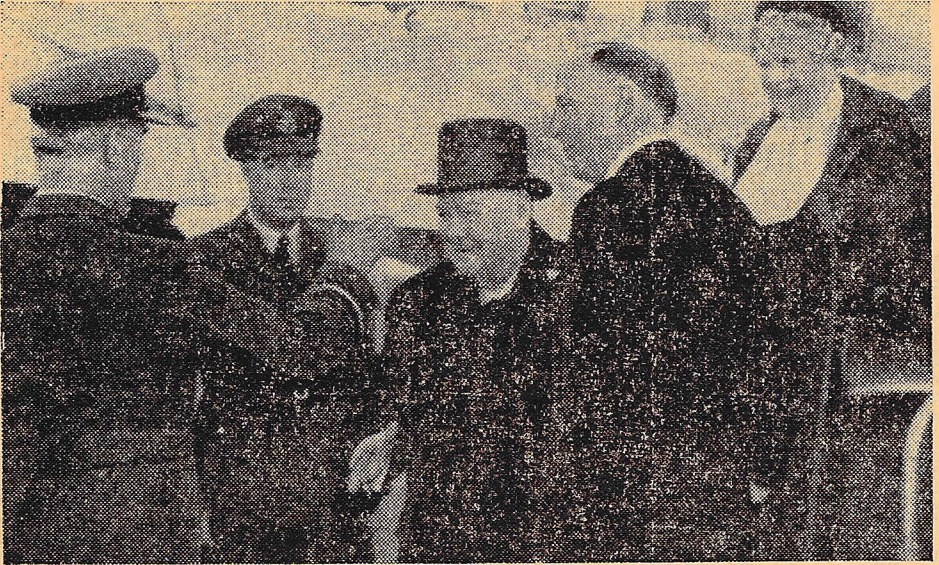
Spekulieren die Sowjets?

Neuerdings sind nun aus Moskau Stimmen zu hören, die auf ein Wiederaufleben der kommunistischen Hoffnungen schließen lassen könnten. In der jüngsten Ausgabe des „Kommunist“, des theoretischen Organ der KPdSU, entwickelt der bekannte sowjetische Wirtschaftstheoretiker Eugen Varga

die Auffassung, daß man zwar nicht genau sagen könne, wann die neue Krise ausbrechen werde. Aber, so schreibt er, es stehe fest, daß „der Kapitalismus unausweichlich neuen Krisen in weltweitem Umfang entgegengeht, da die augenblickliche Periode der Prosperität nicht mehr lange andauern kann“. Zwar rechnet selbst Varga nicht mit einer so heftigen Krise wie 1929/33. Doch spricht er die Erwartung aus, daß sich die politische Situation des kapitalistischen Systems „notwendigerweise im kommenden Jahrzehnt noch weiter verschlechtern muß.“

Diese Hoffnung zu einer Illusion zu machen, das ist die politisch schlechterdings entscheidende Aufgabe, die in den konjunkturpolitischen Überlegun-

gen, Erörterungen und Handlungen unserer Tage liegt. Jeder vernünftige Mensch muß heute im Interesse des Friedens und des materiellen Fortschritts darauf bedacht sein, die Spannung zwischen West und Ost zu vermindern und die Sowjets für eine konstruktive Politik zu gewinnen, die die Spannungsherde beseitigt, insbesondere auch die deutsche Spaltung. Aber es ist klar, daß die sowjetischen Politiker, hartgesotten wie sie sind, um so starrer bleiben werden, je mehr sie glauben, auf eine den Westen treffende Wirtschaftskrise spekulieren zu können. Maßvolles Verhalten jedes einzelnen in der Wirtschaft, eine auf die jeweiligen Gegebenheiten klug abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, kurz eine richtige Konjunkturpolitik im Kleinen wie im Großen, das ist heute wirklich hohe Politik.



BILDER DER WOCHE. Oben: Winston Churchill in Deutschland. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit Luftmarschall Bandon (links), Botschafter Hoyer Millar (in Zivil) und Lady Churchill (rechts). — Unten: Heuss auf Staatsbesuch in Griechenland. Der Bundespräsident beim Abschreiten einer Ehrenkompanie auf dem Grenzbahnhof Idomeni.

